

N i e d e r s c h r i f t

**der 16. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Innenausschusses am 03.09.2003**

öffentlich

Ort: Stadthaus (Kleiner Saal), 06100 Halle (Saale), Marktplatz 2

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Peter Jeschke	HAL	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Frau Marion Krischok	PDS	
Frau Marlies Schaffer	PDS	bis 18:45 Uhr
Frau Hanna Haupt	SPD	bis 18:30 Uhr
Herr Andreas Strauch	SPD	ab 17:00 Uhr
Herr Andre Scherer	SKE	
Frau Gudrun Beitz		
Herr Eberhard Doege		
Herr Frank Helmenstein		

Gäste:

Frau Dr. Haerting	zu TOP 6.1
Herr Rohte (FB 66)	zu TOP 6.1
Frau Lachky (FB 33)	zu TOP 4.1 und 5
Herr Wätzel	

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Bendrig	SKE
Frau Petra Meißner	FDP

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
- 4.1. Bürgerservicestellen
Vorlage: III/2003/03445
5. Information zu den Fachkonzepten der Fachbereiche
 - Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit
 - Bürgerservice
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Ergebnisbericht zur Prüfung des Antrages der Stadträtin Dr. Gesine Haerting, HAL-Bündnis/DIE GRÜNEN - zur Erhöhung der Sicherheit Sehbehinderter an Ampeln mit Grünpfeil und akustischen Signal
Vorlage: III/2003/03125
7. Anfragen von Stadträten
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Die 16. öffentliche Sitzung des Innenausschusses wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Innenausschusses, **Herrn Jeschke**. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Die Mitglieder des Innenausschusses bestätigten ohne förmliche Abstimmung folgende Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Vorlagen
- 4.1 Bürgerservicestellen
Vorlage: III/2003/03445
- 5 Information zu den Fachkonzepten der Fachbereiche
 - Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit
 - Bürgerservice
- 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7 Anfragen von Stadträten
- 8 Beantwortung von Anfragen
- 9 Anregungen
- 10 Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Protokoll:

Die Mitglieder des Innenausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 15. öffentlichen Sitzung des Innenausschusses am 04.06.2003.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Bürgerservicestellen Vorlage: III/2003/03445

Protokoll:

Herr Doege informierte, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung die vier Fachbereiche des Geschäftsbereiches III Fachkonzepte zu erarbeiten haben. Diese liegen von den Fachbereichen Umwelt (31), Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit (32) und Bürgerservice (33) vor und wurden von der Oberbürgermeisterin bestätigt. Für den FB Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst (37) liegt ein von der Firma Mummert Consulting erarbeiteter Brandschutzbedarfsplan vor, auf deren Grundlage das Fachkonzept erarbeitet wird. Ziel sei es, die Aufgaben in den Fachbereichen einfacher, komplexer und effizienter zu gestalten.

Frau Lachky begründete die Vorlage und verwies u. a. darauf, dass die Schließung der zwei Bürgerservicestellen Bestandteil des Fachkonzeptes des FB 33 sei. Der Stadtrat habe in seiner Sitzung am 20.06.2001 die Verwaltung beauftragt, Bürgerservicestellen einzurichten. Da zwei Bürgerservicestellen aufgelöst werden sollen, sei eine Beschlussfassung des Stadtrates erforderlich. Die Bürgerservicestellen Dessauer Str. 152 und Schafschwingelweg 13 seien von den Bürgern sehr wenig besucht worden. Aus Wirtschaftlichkeitsgründen schlage daher die Verwaltung vor, diese Stellen zu schließen.

Abstimmungsergebnis:

8 Stadträte - Ja-Stimmen
1 sachkundiger Einwohner - Ja-Stimme
einstimmig z u g e s t i m m t

- zu 5 Information zu den Fachkonzepten der Fachbereiche**
- Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit
- Bürgerservice
-

Protokoll:

Fachkonzept Bürgerservice

Die Leiterin des Fachbereiches Bürgerservice, **Frau Lachky**, ging auf das Fachkonzept ein, das zwei Hauptschwerpunkte beinhaltet, und zwar die Haushaltskonsolidierung und Vorschläge zur Weiterentwicklung des Bürgerservices. Ferner informierte sie über die im Fachkonzept aufgeführten fünf Konsolidierungsvorschläge. Insgesamt werde eine Einsparung von 22 Stellen im Zeitraum bis 2007 erreicht mit einem Konsolidierungseffekt von 766.756 €.

Des Weiteren führte sie aus, dass vorgesehen sei, die Ausländerbehörde etwas großzügiger zu gestalten (im Objekt An der Feuerwache 7) und den Bürgerservice zu verbessern.

Was die Weiterentwicklung des Bürgerserviceangebots betreffe, sei dieses an bestimmte Bedingungen gebunden, so u. a. an die Bereitstellung entsprechender Hard- und Software.

Die den Bürgern zur Verfügung stehenden Bürgerinformationen beinhalten eine Checkliste darüber, was in bestimmten Lebenssituationen zu beachten sei.

Frau Krischok stellte drei Fragen:

- Haben sich die verlängerten und Samstagsöffnungszeiten bewährt?
- Bleibt die Schiedsstelle in der Dessauer Str. 152?
- Im Juni 2001 wurde die Verwaltung gebeten, in der Silberhöhe ein Bürgerbüro zu etablieren. Dazu gäbe es keine Aussage. Gibt es sachliche Gründe, weshalb ein mobiles Bürgerbüro nicht angeschafft werde?

Herr Doege antwortete und verwies auf die veränderte Situation, insbesondere hinsichtlich des starken Bevölkerungsrückganges in den letzten Jahren. Zur Bürgerservicestelle Silberhöhe wurde sich deshalb nicht geäußert, weil die Verwaltung davon ausgegangen sei, das Konzept großflächiger zu gestalten. Die Infrastrukturbedingungen seien günstig, so dass auch die Bürgerinnen und Bürger aus den Randgebieten der Stadt Bürgerservicestellen verkehrsgünstig erreichen können. Das Fachkonzept müsse man ständig unter dem Aspekt der Bevölkerungsentwicklung sehen.

Frau Lachky ergänzte, dass mit dem vorgelegten Fachkonzept die bisherigen Öffnungszeiten aufrecht erhalten bleiben. Bei den 22 abzubauenen Stellen handele es sich um MitarbeiterInnen, die ein bestimmtes Modell mit der Stadtverwaltung abgeschlossen haben. Noch nicht berücksichtigt seien die Auswirkungen bei einer Arbeitszeitverkürzung der MitarbeiterInnen.

In diesem Zusammenhang informierte **Herr Doege** darüber, dass seine Fachbereiche den Auftrag erhalten hätten, darzulegen, welche Auswirkungen die Arbeitszeitreduzierung zur Folge haben.

Frau Schaffer verwies darauf, dass Bürger nur eine Stelle anlaufen dürften. Dies müsse abgesichert werden.

Bei 99,9 % handele es sich im FB 33 um Pflichtaufgaben. Aufgaben, die andere Leistungsträger zu erfüllen hätten, werden vom FB 33 nicht mehr durchgeführt, so **Frau Lachky**.

Die Frage **Herrn Scherers** nach einem Pilotprojekt hinsichtlich der elektronischen Signatur wurde durch **Herrn Doege** dahingehend beantwortet, dass dies gesetzlich noch nicht geregelt sei.

Herr Strauch ist der Ansicht, dass die „Randgebiete“ seit Jahren vernachlässigt werden und die verkehrliche Anbindung nicht günstig sei. Ferner bat er um Auskünfte zum Ausländer- und Asylwesen, so u. a.

- Wieviel Ausländer sind in Halle wohnhaft?
- Wieviel Einbürgerungsanträge wurden gestellt, und wieviel davon wurden abgelehnt?
- Wieviel Asylbewerber gibt es?
- Wie ist der Personalbestand im Bereich Ausländerwesen, reicht die Technik aus?

Herr Doege verwies auf die schwierigen Bedingungen in der Ausländerbehörde. In Halle-Neustadt gäbe es nur noch für den Bürgerservice die Anlaufstelle Am Stadion 6, so dass der Ausländerbehörde Räumlichkeiten an der Feuerwache 7 (ehemals Meldestelle) zur Verfügung stehen. Die Einbürgerungsbehörde befinde sich in der Südstadt.

Herr Jeschke unterbreitete den Vorschlag, dass die ausländerrechtlichen Fragen in einer der nächsten Sitzung des Innenausschusses als gesonderter Tagesordnungspunkt besprochen werden sollte. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Frau Lachky verwies darauf, dass in Einzelfällen Bürger durch MitarbeiterInnen ihres Bereichs aufgesucht werden und sie Unterstützung bei Anliegen erhalten würden.

Frau Haupt findet das Fachkonzept sehr gut. Es sei schlüssig und überschaubar. Als sehr großen Vorteil sieht sie die Öffnungszeiten am Sonnabend.

Herr Dr. Heinrich sieht einen Widerspruch zwischen der abnehmenden Bevölkerungszahl und den zunehmenden Vorsprachen.

Frau Lachky begründete die zunehmenden Vorsprachen mit der Ablauffrist der Personalausweise.

Herr Jeschke zieht seinen in der 45. Sitzung des Stadtrates gestellten Antrag zurück, da eine ausgiebige und schlüssige Information in der heutigen Sitzung des Innenausschusses erfolgte.

Fachkonzept Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit

Einleitend teilte **Herr Doege** mit, dass das Fachkonzept auf der Basis einer Organisationsuntersuchung erstellt wurde. Eine Organisationsuntersuchung in der Bußgeldstelle fand nicht statt, weil zurzeit eine Umstellung des Ordnungswidrigkeitsverfahrens erfolge (Abkopplung vom Rechenzentrum Karlsruhe).

Der Leiter des Fachbereiches Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit, **Herr Helmenstein**, verwies u. a. darauf, dass Grundlage für das Fachkonzept die im Zeitraum von Januar bis Mai 2003 durchgeführte Organisationsuntersuchung des FB 11 und die kritische Betrachtung der Aufgabenerfüllung gewesen sei. Im Ergebnis können künftig 34 Stellen (Mitarbeiter) eingespart werden. Um einen Abbau von 15 Vollzeitstellen im Ressort des Stadtordnungsdienstes zu vermeiden, sei eine Einnahmesteigerung von 730.500 € vorgesehen. Diese sei möglich durch entsprechende flankierende Maßnahmen, wie z. B. die Anschaffung von sechs Dienstfahrzeugen, Einrichtung von Außendienststellen, Modifizierung der Bestreifung. Ferner erfolgte zum 01.09.03 die Zentralisierung des Vollzugs, der bisher auf die einzelnen Stadtteile verteilt waren.

Herr Helmenstein informierte darüber, dass unter seinen MitarbeiterInnen eine große Betroffenheit über den in der Bildzeitung erschienen Artikel zur Einnahmenerhöhung herrschte und er viel Kraft sowie Zeit investieren musste, um seine MitarbeiterInnen zu beruhigen.

Frau Schaffer verwies darauf, dass sie wiederholt mit Politessen Bestreifungen durchgeführt habe und fragte nach den Vorstellungen bezüglich eines effektiven Einsatzes der Politessen.

Herr Helmenstein machte deutlich, dass ihm die soziale Verantwortung bewusst und ihm die Fürsorgepflicht sehr wichtig sei. Er machte auf das Ansteigen der Verwarnungen aufmerksam, wonach 2001 89.000 Verwarnungen, 2002 118.000 Verwarnungen und per 05.08.03 bereits schon 89.000 Verwarnungen ergangen seien. Die Politessen wissen, dass es um ihren eigenen Arbeitsplatz gehe. Es wurde gemeinsam mit ihnen herausgearbeitet, wo Einzelstreifen durchgeführt werden können. Dies sei am Tag möglich in der Stadtmitte und in Halle-Neustadt. Aus Beweisgründen seien aber auch Einsätze zu zweit nötig. Es gäbe auch Übersichten zu neuralgischen Punkten. Die Haushaltsstelle Bußgelder beinhalte auch Verwarn- und Zwangsgelder.

Frau Haupt ging um 18:30 Uhr.

Herr Misch bezog sich auf den Presseartikel, der verdeutliche, welchen Beschimpfungen und Beleidigungen die Politessen ausgesetzt seien. Der Arbeit der Politessen müsse besondere Achtung gezollt werden.

Ferner stellte Herr Misch die Frage, ob sichergestellt werden könne, dass bei Durchsetzung des Fachkonzeptes sich Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit in der Stadt nicht verschlechtere.

Herr Doege antwortete, dass mit dem vorgehaltenem Personal die Situation von Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit verbessert werden könne. Allerdings dürfe man sich nicht der Illusion hingeben, dass hinter jedem Parksünder, Schmutzfinken hinterher gelaufen werden könne. Die Stadt müsse sich in den Gesamtkontext der Städte vergleichbarer Größe Deutschlands einordnen. Es werde punktuell immer Ecken geben, die uns gut und weniger gut gefallen.

Herr Jeschke verwies auf den erzieherischen Aspekt.

Herr Dr. Heinrich ist der Ansicht, dass man davon ausgehe, dass sich die Bürger unmoralisch verhalten würden.

Frau Krischok stellte nachfolgende Fragen:

- Gibt es konkrete Verantwortungsbereiche für bestimmte Ergebnisse?
- Wie kommt der FB mit dem Zielvereinbarungssystem zurecht?

Herr Helmenstein antwortete, dass es bisher noch keine Zielvereinbarungen gäbe. Sie sollen abgeschlossen werden zwischen Fachbereichsleiter und Ressortleiter sowie zwischen Ressortleiter und Teamkoordinatoren, wobei sichergestellt werden solle, dass bestimmte Ergebnisse erreicht werden und gegebenenfalls bestimmte Sanktionen nötig seien.

Herr Doege ergänzte, dass z. B. eine Vorgabe der zu erbringenden Knöllchen pro Woche nicht vorgesehen und auch nicht möglich sei. Inhalt einer Zielvereinbarung solle sein, in einem Bestreifungsgebiet über einen längeren Zeitraum die Entwicklung nachzuvollziehen. Man könne feststellen, wie viel Verwarnungen die Politesse in einem bestimmten Gebiet erteilt habe.

Frau Schaffer ging um 18:45 Uhr.

Herr Dr. Heinrich glaubt nicht, dass die zusätzlichen Einnahmen erbracht werden und begründete dies u. a. mit der verschlechterten Parkplatzsituation.

Herr Doege entgegnete, dass sich die Situation entschärfen werde, wenn die Bauarbeiten Schmeerstr./Franckeplatz abgeschlossen seien. Ferner überlege die Stadt ernsthaft, weitere Parkmöglichkeiten zu schaffen.

Die Frage **Herrn Godenraths** nach dem Verhältnis von weiblichem und männlichem Geschlecht im Stadtordnungsdienst konnte nicht beantwortet werden. (Es erfolgt eine schriftliche Beantwortung).

Herr Jeschke wisse die Arbeit der Politessen zu schätzen. Mit dem Zeitungsartikel sei er nicht einverstanden, und der Innenausschuss verwahre sich entschieden dagegen. Insbesondere im letzten Jahr haben die Mitarbeiter des Vollzugsdienstes hervorragende Leistungen vollbracht, vor allem mit psychisch Kranken. Er bat, den Dank an die MitarbeiterInnen weiterzuleiten.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.1 **Ergebnisbericht zur Prüfung des Antrages der Stadträtin Dr. Gesine Haerting, HAL-Bündnis/DIE GRÜNEN - zur Erhöhung der Sicherheit Sehbehinderter an Ampeln mit Grünpfeil und akustischen Signal** **Vorlage: III/2003/03125**

Protokoll:

Einleitend verwies **Herr Doege** darauf, dass es sich um Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises handele, so dass der Stadtrat keine Möglichkeit habe, dazu einen Beschluss zu fassen. Er habe dennoch angeregt, sich im Innenausschuss mit dieser Thematik zu befassen.

Frau Dr. Haerting erläuterte ihr Anliegen und äußerte u. a., dass die Gefahr bestehe, dass Fußgänger zu wenig gewürdigt werden. Noch größer sei die Gefährdung bei Sehbehinderten, die auf das akustische Signal achten und keine Sichtmöglichkeit hätten. Sie habe gehofft, dass die vorliegende Ausarbeitung der Arbeitsgruppe in der Bundesanstalt für Straßenwesen eine Würdigung erfahre.

Herr Rothe (Untere Verkehrsbehörde) verwies auf die Pflicht der Kraftfahrer, am Grünpfeil anzuhalten, nach links und rechts zu schauen und erst zu fahren, wenn absolute Freiheit gegeben sei. Die Untere Verkehrsbehörde kontrolliere regelmäßig. Wenn eine bestimmte Anzahl von Unfällen passiere, sei die Verwaltung verpflichtet, den Grünpfeil zu demontieren. Dies sei 2001 in sieben Fällen notwendig gewesen.

Frau Dr. Haerting verwies auf die Sicherheit der Bürger und darauf, dass nicht gewartet werden könne, bis etwas passiere.

Herr Doege teilte mit, dass bei allen Anbringungen und Demontierungen des Grünpfeils eine umfangreiche Beteiligung erfolge. Als Stadtverwaltung habe man einen extrem eingeschränkten Ermessensspielraum, weil die Stadt im übertragenen Wirkungsbereich tätig sei.

Herr Rothe ergänzte, dass immer ein Anhörungsverfahren notwendig und auch Vertreter der Behinderten anwesend sei.

Frau Dr. Haerting äußerte, dass sie die Informationen so zur Kenntnis nehmen müsse.

Frau Schaffer bat um Aussagen zur Verkehrsunfallstatistik unter dem besonderen Aspekt der Grünpfeilregelung.

zu 7 **Anfragen von Stadträten**

und

zu 8 **Beantwortung von Anfragen**

Protokoll:

Frau Krischok stellte nachfolgende Anfragen:

- Immer wieder sei zu beobachten, dass Radfahrer die Leipziger Straße befahren. Im Interesse der Sicherheit der Fußgänger fragte sie an, ob entsprechende farbliche Markierung der Straße zur Benutzung der Radfahrer möglich sei.
Herr Doege teilte mit, dass der FB 61 sich mit dieser Thematik befassen werde und eine Antwort erfolge.
- Gibt es noch ein Fachkonzept „Märkte“?
Herr Doege teilte mit, dass die Marktordnung und –konzeption erst erarbeitet werden können, wenn eine Entscheidung zur Marktplatzgestaltung vorliege. Ein erster Entwurf der Marktordnung läge vor.
- Bekommt der Innenausschuss in der Novembersitzung eine Information zur Abschaltung der Straßenbleuchtung?
Herr Doege sagte dies zu.
- Ist in der Kleinen Marktstraße schon etwas unternommen worden?
Die Beantwortung der Anfrage aus der Sitzung am 04.06.03, weitere Straßen als verkehrsberuhigte Bereiche auszuweisen, ist nicht befriedigend. Als Einheitsverwaltung könne nicht auf den FB 61 verwiesen werden.

zu 9 **Anregungen**

Protokoll:

Herr Jeschke kritisierte, dass es auf dem Gelände anlässlich des Laternenfestes keine Abstellmöglichkeiten für Fahrräder gegeben habe.

Ferner bat er, bei der Planung von Sitzungsterminen möglichst Überschneidungen von Fachausschüssen zu vermeiden. So habe der Bildungsausschuss zu den gleichen Terminen seine Sitzungen wie der Innenausschuss, so dass Frau Meißner an den Sitzungen des Innenausschusses nicht teilnehmen könne.

Herr Scherer wollte wissen, ob eine Anmeldung einer Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung für den 29.11.03 bekannt sei.

Herr Helmenstein bejahte dies. Allerdings habe er die Polizeidirektion darauf hingewiesen, dass die Demonstration wegen des stattfindenden Weihnachtsmarktes nicht auf dem Marktplatz und Hallmarkt stattfinden könne.

Herr Doege informierte über eine stattgefundene Sicherheitskonferenz in Vorbereitung der Wehrmachtsausstellung.

Herr Misch machte auf die zurzeit stattfindende Ausstellung „Halle gegen Graffiti“ im neuen theater aufmerksam und empfahl den Ausschussmitgliedern, sich diese anzusehen.

zu 10 **Mitteilungen**

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.02.13

Peter Jeschke
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin